Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.80 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebiets 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn. Nachkarten 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 29301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7 Pfg. Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ankündigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 37 — Sonnabend den 13. Februar 1932 nachmittags — 91. Jahrgang

Vor der Entscheidung in der Reichspräsidentenfrage

Was wird Hindenburg tun?

Vor einem ereignisreichen Sonnabend

Berlin, 13. 2. (Funkspr.) Der heutige Sonnabend wird voraussichtlich eine Reihe wichtiger außen- und innenpolitischer Entscheidungen bringen. Dem Vernehmen nach wird sich im Laufe des Tages bereits entscheiden, ob der Reichspräsident bereit ist, seine Kandidatur aufstellen zu lassen, oder ob er unter den gegebenen Umständen auf seine Aufstellung verzichtet. Von dieser Entscheidung des Reichspräsidenten hängen dann weitere innenpolitische Entscheidungen ab, deren Tragweite sich jedoch im Augenblick noch nicht übersehen läßt.

Im Laufe des Nachmittags findet voraussichtlich in Genf die Völkerbundstagung über Memel statt, die von großer Bedeutung für die deutsche Ostpolitik ist. — Im Laufe des Tages ist weiter mit der Entscheidung über die Tributkonferenz zu rechnen, da anzunehmen ist, daß die Unterrichtung der kleinen Mächte durch die Engländer bis Sonnabend mittag abgeschlossen ist und bis dahin die Veröffentlichung über die nächste Tributkonferenz stattfinden kann.

Möglicherweise werden im Laufe des Sonnabends weiter die Entscheidungen des Kabinetts in der Bankenfrage, über die seit längerer Zeit angekündigte Devisenordnung, sowie unter Umständen über den Preußenhaushalt bekannt werden.

Der Kampf gilt dem System

Dresden, 13. 2. In einer Bezirksverbandsversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Dippoldiswalde sprach am Freitag abend Oberfinanzrat Dr. Bang und führte u. a. folgendes aus: Es sei für den historischen Namen des Generalfeldmarschalls in höchstem Maße bedauerlich, daß dieselben Kreise, die ihn bei seiner Wahl so schwer beschimpft hätten, heute seine Kandidatur betrieben. Es sei für die Deutschnationalen selbstverständlich unmöglich, Arm in Arm mit Deimling und Heilmann und Genossen an der Wahlurne zu erscheinen. Sieben Jahre lang sei der große Name des Feldmarschalls von den Vertretern des heutigen Systems benutzt worden, um über Locarno, Völkerbund und Youngplan eine Politik zu ermöglichen, an der Deutschland zugrunde gehen müsse.

Vor allem habe das Kabinett Brüning nur und ganz allein unter dem Schutzschild dieses Namens wirken können.

Auch die zum Teil mit dem Mißbrauch verfassungsrechtlicher Mittel betriebene Knebelung des nationalen Freiheitswillens während der letzten zweieinhalb Jahre sei unter dem Schutz dieses Namens vor sich gegangen. Die Deutschnationalen seien nicht gewillt, die Fortsetzung dieser Politik unter diesem Namen weiter hinzunehmen. Sie glaubten nicht, daß der Reichspräsident bereit sein könnte, als Kandidat derer aufzutreten, die mit seiner Aufstellung in Wahrheit nicht ihn, sondern eine Regierung erhalten wollen, von der der „Vorwärts" gesagt habe, sie sei das stärkste Bollwerk gegen den Nationalismus. Sollte trotzdem dieses nationale Unglück geschehen, sollte der Reichspräsident also wider alles Erwarten sich bereitfinden lassen, als Kandidat der Linken aufzutreten und sich mit dem System von heute zu identifizieren,

so würden die Deutschnationalen selbstverständlich seine Wahl nicht fördern, sondern auf das allerschärfste bekämpfen.

Sie würden das tun aus Ehrfurcht vor dem Namen des Generalfeldmarschalls und aus Achtung vor sich selbst. Der Kampf gelte dem System von heute und jedem, der sich mit ihm identifiziere, gleichgültig, welchen Namen er trage. Was nun die Frage einer nationalen Kandidatur anlange, so könne natürlich Endgültiges nicht gesagt werden, bevor man nicht wisse, wie der Reichspräsident sich entscheide. Ganz sicher sei eins: Daß bei einem endgültigen Wahlgang das gesamte nationale Deutschland als absolute geschlossene Einheit in den Kampf ziehen und daß damit der Sieg des dann gemeinsamen nationalen Kandidaten unter allen Umständen sicher sein werde.

Stahlhelmäußerungen

Berlin, 12. 2. Im Rahmen der Besprechungen über die Präsidentschaftskandidatur ist heute eine Aeußerung der Stahlhelmkorrespondenz recht bemerkenswert. Ihr muß man entnehmen, daß mit einer Stellungnahme des Stahlhelms für Hindenburg wahrscheinlich nicht mehr zu rechnen ist. Die Korrespondenz betont, daß die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien. Der Reichspräsident von Hindenburg beabsichtige anscheinend, sich zum politischen Kampfe zu stellen. Der Stahlhelm bedauere diese Tatsache und werde seinerseits den Kampf gegen das jetzige System des Kabinetts Brüning weiterführen. Wenn der General v. Horn namens des Kyffhäuserbundes mit einer Erklärung für die Wiederwahl Hindenburgs hervortrete, so tue er dies auf seine alleinige Verantwortung hin. Ein solcher Aufruf werde nicht gleichzeitig Geltung für den Stahlhelm besitzen.

Diese Aeußerung der Stahlhelmkorrespondenz wird in politischen Kreisen viel beachtet, weil sich daraus schon jetzt ziemlich deutlich ergibt, daß die Aufstellung Hindenburgs nunmehr wohl lediglich auf Grund der Vorschläge des Sahmausschusses und des Kyffhäuserbundes erfolgen dürfte. Für den ersten Wahlgang ist nun mit der Aufstellung parteipolitischer Einzelkandidaturen zu rechnen. Was dagegen die Harzburger Front für den zweiten Wahlgang in Aussicht nimmt, steht vorläufig noch nicht fest.

Absage der NSDAP. an Hindenburg

Berlin, 12. 2. In einer nationalsozialistischen Massenversammlung in den Tennishallen sprach am Freitag abend der politische Beauftragte Hitlers, Hauptmann a. D. Göring, über innen- und außenpolitische Fragen. Am Schluß seiner Rede kam Göring auch auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen. Wir wollen, so führte er aus, wenn wir einen neuen Reichspräsidenten wählen, vor allem einen Kurswechsel haben.

Wir verlangen, daß der heutige Reichspräsident mit dem derzeitigen System völlig bricht.

Solange das nicht geschehen ist, reden wir über solche Kandidaturen überhaupt nicht. Wenn heute von Wirth über Treviranus bis Hörsing und Höltermann eine Front hergestellt wird, die einen neuen Reichspräsidenten bestimmen soll, dann müssen wir sagen: Wir danken dafür. Wir stellen uns nicht in eine Front mit diesen Leuten. Gewisse Ratgeber müssen von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie es dem Feldmarschall beibringen konnten, sich von dieser Front aufstellen zu lassen. Uns verbietet unsere ganze Weltanschauung, mit diesen Leuten auch nur auf einen Meter Abstand zusammenzugehen. Wer von diesen Fronten, von diesen Parteien, von diesen Namen auf den Schild gehoben wird, der ist gegen uns. Er stößt bei uns auf Ablehnung, mag er heißen, wie er will, mag er sein, wer er will. Wenn wir jetzt zur Reichspräsidentenwahl schreiten, erinnern wir uns daran, wie wir damals mit Jubel und Freude für unseren Feldmarschall eintraten, dann aber folgten

sieben Jahre Enttäuschung und Erbitterung.

Wenn er heute seine Hilfstruppen in jenem verräterischen Lager sucht, dann können wir ihm nicht mehr folgen. Ueber einem Namen, über eine Person steht uns das Volk und die Nation. In diesem Empfinden wissen wir uns eins auch mit jenen Verbänden und Parteien, die sich gemeinsam auf der Ebene der nationalen Front zum Sturz und zum Kampf gegen dieses System bereitgefunden haben. Trotz aller bitteren Enttäuschungen der letzten sieben Jahre glaubten wir es auf Grund des ehrwürdigen Namens noch einmal auf uns nehmen zu können, dem Feldmarschall die Chance zu geben, von uns gewählt zu werden. Wir stellten keine scharfen Bedingungen, aber eines mußten wir fordern gerade für die Aermsten der Armen, für die Verfolgten:

Herr Reichspräsident, Sie müssen sich entscheiden!

Entweder gehört Ihr Vertrauen den Repräsentanten des heutigen Systems, gekennzeichnet durch den Reichskanzler Brüning, oder dem Repräsentanten des neuen jungen Deutschland, Adolf Hitler. So wie Sie sich entscheiden, so entscheiden wir uns. Damals glaubten Sie, sich für Brüning entscheiden zu müssen. Gut, Herr Reichspräsident, es gibt jetzt nur zwei Möglichkeiten: dort mag stehen, wer das heutige System verteidigt und sich stützt auf die Parteien, die Träger und Schöpfer des heutigen Systems sind. Hier mag der Mann stehen, der Deutschland aus tiefster Schmach und Not noch einmal emporgeführt hat. Damach soll und muß das deutsche Volk sich entscheiden.

1740000 Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 12. 1. Wie der Hindenburg-Ausschuß mitteilt, belaufen sich die bisher gemeldeten Eintragungen für Hindenburg auf 1740000.

Generaloberst Graf v. Bothmer an Hindenburg

München, 12. 2. Wie der Hindenburgausschuß Bayerns mitteilt, hat Generaloberst Graf von Bothmer an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Schreiben gerichtet mit der Bitte, er möge sich entschließen, das große Opfer zu bringen und dem Rufe Folge zu geben, den Hunderttausende treudeutscher Reichsangehöriger in den nächsten Tagen erlassen werden, sich als Kandidat für die Wahl zum Reichspräsidenten erneut zur Verfügung zu stellen. Graf von Bothmer schreibt, es sei ihm leider nicht das Recht verliehen, diese Bitte im Namen aller ehemaligen Angehörigen der Königlich-Bayerischen Armee auszusprechen, die unter der Führung des Generalfeldmarschalls im Weltkriege den Feind in ungezählten Schlachten und Gefechten von den Reichsgrenzen ferngehalten haben. Er sei jedoch fest überzeugt, daß seine Kriegsgefährten in überwältigender Zahl sich am Wahltage an die Urne drängen würden, um ihre Stimme für den hochverehrten Führer in großer Zeit abzugeben.

Die christlichen Gewerkschaften für Hindenburg

Berlin, 12. 2. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bittet den Reichspräsidenten im Namen der deutschen christlich-nationalen Arbeiterschaft, dem Wunsch des Volkes stattzugeben und nochmals das verantwortungsvolle Amt des Präsidenten des Reiches auf sich zu nehmen, um das deutsche Volk zur inneren Befriedung und nationalen Freiheit zu führen."

Kurzer Tagesspiegel

In Berlin sprach am Freitag abend der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. Göhring, der u. a. in der Frage der Reichspräsidentenwahl zu erkennen gab, daß die Nationalsozialisten sich gegen Hindenburg aussprechen werden. Auch der deutschnationale Abgeordnete Dr. Bang erteilte in einer Rede in Dresden Hindenburg eine Absage.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat sich in einem Telegramm an Hindenburg für dessen Wahl ausgesprochen.

Nach Mitteilung des Hindenburg-Ausschusses belaufen sich die bisher gemeldeten Eintragungen für die Volkskandidatur Hindenburgs auf 1740000.

Das preußische Kabinett hat in seiner Sitzung am Freitag den preußischen Haushalt verabschiedet, der sich in Einnahmen und Ausgaben deckt. Der Haushalt wird in der kommenden Woche dem Landtag vorgelegt werden.

Einer Blättermeldung zufolge wird die Reichsregierung, sobald sie auf diplomatischem Wege über den Inhalt der englisch-französischen Tributvereinbarungen Kenntnis erhalten hat, gegen die Vertagung der Konferenz bis zum Juni Einspruch erheben und auf die großen wirtschaftspolitischen Gefahren hinweisen.

Der Pariser deutsche Botschafter von Hoesch hatte in den letzten Tagen wiederholt mit dem Ministerpräsidenten Laval und den beteiligten französischen Ressorts Besprechungen über deutsch-französische Wirtschaftsfragen, insbesondere über die Fragen, die mit den französischen Einfuhrkontingenten in Zusammenhang stehen. Auch zwischen den beteiligten Industrien wird zurzeit darüber verhandelt.

Auf einer Kundgebung des Reichsbanners sprach der Bundesvorsitzende Höltermann, der u. a. gegen den Reichswehrerlaß Groeners Stellung nahm und die Auflösung der nationalsozialistischen Verbände forderte.

In Londoner amtlichen Kreisen wird zu der Tributvereinbarung mit Frankreich erklärt, daß die Einigung sich insbesondere auf den Tagungsort und den Termin der kommenden Konferenz beziehe, daß aber in materieller Hinsicht noch keine feste Vereinbarung getroffen sei.

Der englische Außenminister Simon, der am Sonnabend Genf verläßt, wird am Sonntag in Paris eine Unterredung mit Laval über die Tributfrage haben.

Die Feindseligkeiten sind am Freitag in Schanghai wieder aufgenommen worden.

Grundsätzliche Einigung über die Tributkonferenz im Juni

Einspruch Deutschlands gegen die Vertagung

Deutschland protestiert

Berlin, 13. 2. Wie die „Börsenzeitung" erfährt, wird die Reichsregierung sobald sie auf diplomatischem Wege über den Inhalt der britisch-französischen Tributvereinbarungen Kenntnis erhalten hat, Einspruch gegen die Vertagung der Tributkonferenz bis zum Juni erheben und auf die Gefahren aufmerksam machen, die sich daraus ergeben, daß die reparationspolitische Regierungskonferenz zu nahe an den Termin herangeschoben wird, an dem das Hooversche Schuldenjahr abläuft.

Die Aufgaben der Konferenz

Berlin, 13. 2. (Funkspruch.) Amtlich wird mitgeteilt: „Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien haben von dem Baseler Sachverständigenbericht Kenntnis genommen und sind dahin übereingekommen, den übrigen beteiligten Regierungen die Vertagung der Konferenz auf den Monat Juni zu empfehlen. Aufgabe der Konferenz würde es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrisis verursacht haben und sie verlängern könnten. Zu dieser Entscheidung sind die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die internationale Lage erleichtert wird."

Von unterrichteter Seite wird zu obiger amtlicher deutschen Erklärung, deren Wortlaut mit den übrigen Mächten vereinbart worden ist, erläuternd folgendes bemerkt: Die Reichsregierung hat mit dieser Vereinbarung ihr Ziel der Einberufung der Lausanner Konferenz erreicht. Die Reichsregierung hätte allerdings entsprechend dem Baseler Sachverständigenbericht den Zusammentritt der Konferenz früher und nicht erst im Laufe des Juni gewünscht. Sie hatte daher ihrerseits einen früheren Zusammentritt angeregt und die dahin gehenden Bemühungen der englischen Regierung von Anfang an auf das wärmste begrüßt und unterstützt.

SLUB
Wir führen Wissen.